

Der Klassenkampf

Blätter für sozialistische Theorie und Praxis

"Imperialismus und Krieg - oder Sozialismus und Frieden - kein Drittes gibt's"

(Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus Luckau 1918)

„Ordnung herrscht in Berlin!“ Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh` richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Mit diesen Worten beendete Rosa Luxemburgs ihren letzten Artikel für die Zeitung der von ihr mitgegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. Einen Tag später, am 15. Januar 1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechtsextremen Freikorpsoldaten ermordet – auf Geheiß des sozialdemokratischen Kriegsministers Gustav Noske.

Unter einer sozialdemokratischen Regierung führte die Bundesrepublik Deutschland 1999 ihren ersten Angriffskrieg. Damit Scharping die Bundeswehr mit neuen Transportflugzeugen und Kampfhubschraubern für weitere weltweite Kampfeinsätze hochrüsten kann, erpresst Eichel die dafür nötigen Milliarden mit seinem Sparpaket, mit Lohn- und Rentenraub von den Werktätigen. Während die Regierung den Aufstand der Anständigen fordert, werden AntifaschistInnen von der Polizei eingekesselt, zusammengeschlagen und vor Gericht gezerrt.

Während Neonazis vielerorts unter Polizeischutz marschieren dürfen,



verbot der Berliner Polizeichef im letzten Jahr die Gegendemonstration für Karl und Rosa. Als Verbotgrund dienten die Drohungen eines dahergelaufenen Provokateurs. Wesentlich unterstützt wurde die Berliner Polizei bei der Durchsetzung des Verbotes von der PDS-Führung. Funktionäre der PDS stellte sich als willige Hilfsscheriffs denjenigen entgegen, die dennoch demonstrieren wollten, darunter auch vielen PDS-Mitgliedern, und über Rundfunk rief die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau dazu auf, sich dem Verbot zu fügen und zuhause zu bleiben.

Mit der Durchsetzung des Demonstrationsverbots bewies die PDS-Führung erneut ihre Rolle als Sozialdompteur, die sie in den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schon lange spielt. Koalitionen mit der Kriegspartei SPD werden als *Errungenschaft an sich* gefeiert, obwohl selbst die Mecklenburger PDS in einer Studie zu dem Ergebnis kommt, dass von den sozialen Zielen der PDS so gut wie nichts durch die rosa-rote Landesregierung umgesetzt wurde. Auch für Sachsen-Anhalt gilt: statt neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden Kindertagesstätten geschlossen. Die PDS verspricht soziale Gerechtigkeit und stimmt Schröders Steuerreform mit ihren Millionengeschenken an die Reichen zu. Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer erklärt ihre Liebe zu

"Deutschland", während Helmut Holter und Petra Pau vehement für ein Einwanderungsgesetz eintreten, dass Flüchtlinge aus wirtschaftlicher Not zum Verlassen Deutschlands zwingt, wenn sie nicht schnell genug Arbeit finden. In Mecklenburg wird abgeschoben, wie unter Kanther, kritisiert selbst der Mecklenburger Abgeordnete Monty Schädel.

Schon vor 100 Jahren bekämpfte Rosa Luxemburg die Illusion, mit sozialistischen Ministern in einer bürgerlichen Regierung Reformen im Sinne der Werktätigen zu erkämpfen. Die Sozialreform ist, so warnte Rosa, *"in allen kapitalistischen Ländern nur ein Produkt des hartnäckigen und beharrlichen Kampfes zwischen der Arbeiterschaft und den herrschenden Klassen. Nur insofern es aus politischen Rücksichten, zur Befriedigung der durch die sozialistische Partei angestachelten Arbeiterschaft absolut notwendig ist, werden Konzessionen gemacht. Die Anwesenheit eines*

Sozialisten in der Regierung ändert an dieser Sachlage nicht das geringste. Denn auch ein sozialistischer Minister ist,

solange er im bürgerlichen Ministerium figuriert, das heißt solange nicht Interessen der Arbeiterklasse sondern dies des Kapitals im Staate herrschen, an die Zustimmung der bürgerlichen Majorität der Regierung und der Volksvertretung gebunden. Die Hoffnung also, mit Hilfe des sozialistischen Ministers einen ungeahnten Aufschwung der Sozialreform herbeizuführen, war von vornherein eine die konkreten Verhältnisse ganz außer acht lassende Utopie. Ja umgekehrt, der sozialistische Minister kann dadurch, dass er unbegründete Illusionen und Hoffnungen hervorruft, ein Hindernis für die normale Entwicklung der Sozialreform werden." (Rosa Luxemburg, Die sozialistische Krise in Frankreich)

Die PDS-Führung kennt keine Klassen und keinen Klassenkampf mehr. Statt Kapitalismus reden sie lieber von einer ominösen „Moderne“. Ihr sozialistisches Programm opfern die PDS-Bürokraten auf dem Altar des Parlamentarismus. Für die Anerkennung durch die SPD verkaufen sie ihre letzten Ideale. Selbst Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden von der PDS-Führung in pazifistische Dutzendliberale verwandelt und als blasse Ikonen ihrer revolutionären Inhalte beraubt.

Mit Karl Liebknecht erklären wir dagegen: ***"Nicht im Parlament, nicht mit seinen Methoden kann der Sozialismus verwirklicht werden; hier ist einzig und allein der außerparlamentarische, revolutionäre Kampf des Proletariats entscheidend. Nur durch ihn ist das Proletariat imstande, die Gesellschaft nach seinem Willen zu formen."*** (Liebknecht, Was will der Spartakusbund)

Obwohl viele Kolleginnen und Kollegen sehr unzufrieden mit der Politik ihrer Parteiführungen von PDS, aber auch SPD und Grünen sind, bleiben sie in diesen Parteien, weil sie entweder die Hoffnung haben, von innen heraus etwas zu verändern, oder weil sie keine andere Alternative sehen. Wir denken, dass wir in diesen Parteien keine Möglichkeiten haben, sie grundsätzlich für unsere Zwecke zu verändern. Die ArbeiterInnen brauchen keine recycelte PDS oder gar eine bessere SPD. Wir brauchen eine Partei, die sich programmatisch, methodisch und durch ihre Führung von den heute in Deutschland existierenden Parteien grundsätzlich unterscheidet. Wir brauchen eine wirklich sozialistische ArbeiterInnenpartei, eine Partei der BasisaktivistInnen, ohne Bürokraten und Kapitalisten, eine

Partei, mit einem Programm, das dabei hilft, die wachsende Arbeitslosigkeit und die weltweite Misere zu bekämpfen. Wir, die ArbeiterInnen, produzieren den Reichtum durch unsere Arbeit, und deshalb müssen wir und nicht die Großkonzerne oder der IWF darüber entscheiden, was damit geschieht.

Die Aufgabe, die wir vor uns haben, ist nicht einfach, doch unerlässlich, wenn wir für ein würdiges Leben eintreten wollen, in dem die Bildung, die Arbeit, die Ernährung und das Wohnen nicht zum Luxus für eine Handvoll Reicher wird. Die Partei, die wir brauchen, gibt es heute in Deutschland nicht, doch es ist die Aufgabe aller KollegInnen und GenossInnen, die unzufrieden mit den bestehenden Organisationen sind, eine solche Partei zu schaffen. Es ist die Aufgabe aller derjenigen, die wissen, dass sie selbst aktiv werden müssen, um etwas zu verändern, von den ArbeiterInnen bis zu studentischen VertreterInnen, die nicht mehr bereit sind, die Dinge so hinzunehmen, wie sie heute sind.

Für uns als revolutionäre SozialistInnen ist das Gedenken an Karl und Rosa nicht nur ein leeres Ritual sondern eine Verpflichtung - die Verpflichtung für den Aufbau einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei unter dem Banner der drei "L" einzutreten: Lenin - Liebknecht - Luxemburg

Unser Standpunkt

- Die Ursache für Unterdrückung, Armut und Krieg ist der Kapitalismus. Ihn allein durch Reformen überwinden zu können, ist eine Illusion. Unser Ziel ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, die auf einer geplanten Wirtschaft basiert und von frei gewählten Räten demokratisch kontrolliert wird. Die Macht der Wirtschaftsmonopole, Banken und Konzerne kann nur durch ihre Verstaatlichung unter der Kontrolle der ArbeiterInnen gebrochen werden.
- Um diesem Ziel näher zu kommen, unterstützen wir heute alle Kämpfe und Aktivitäten, die der Selbstbefreiung und Emanzipation der großen Masse der Lohnabhängigen dienen. In diesen Kämpfen z.B. Arbeitsplätze, höhere Löhne und finanzierbare Wohnungen versuchen wir, die gerechtfertigten Tagesinteressen der ArbeiterInnenklasse mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden.
- Elementarer Bestandteil sozialistischer Politik ist das Eintreten gegen jede Form der Unterdrückung, Ausbeutung, Diskriminierung und rassistischen Verfolgung. Der Kampf für die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frauen gehört ebenso dazu, wie für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Nationen und die Rechte sexueller Minderheiten. Gleiche und demokratische Rechte für alle, die hier leben, ist die unverzichtbare Schlüsselforderung.
- Das kapitalistische System ist nicht in der Lage, den ArbeiterInnen und der Masse des Volkes ein würdiges Leben zu gewährleisten. Von Tag zu Tag gibt es mehr Armut auf der Welt und immer mehr Menschen werden aufgrund des niedrigen Lebensstandard zu Außenseiter dieser Gesellschaft. Deshalb kämpfen ArbeiterInnen und StudentInnen weltweit mit Streiks und Demonstrationen gegen die Sparpläne des Neoliberalismus und der Globalisierung. Solange diese Kämpfe unter der Führung bürgerlicher und reformistischer Parteien stehen, werden sie in die parlamentarische Sackgasse gelenkt und verraten. Selbst wenn reformistischen Organisationen den "Sozialismus" in ihrem Namen tragen, vertreten sie letzten Endes die Interessen des Kapitals. Die selbe Rolle spielt die Gewerkschaftsbürokratie, die zur Verteidigung ihrer Pfründe die Interessen ihrer Basis verrät. Um den Klassenkampf erfolgreich zu führen, brauchen wir ArbeiterInnenparteien mit einem marxistischen Programm.
- DER KLASSENKAMPF ist eine gemeinsame Publikation von Mitgliedern der Internationalen Trotzistischen Opposition (ITO) und der Internationalen ArbeiterInnenliga (ITO) in Deutschland, mit der wir zum Aufbau einer revolutionären sozialistischen ArbeiterInnenpartei beitragen wollen.
- Der Wiederaufbau der von Leo Trotzki gegründeten IV. Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution ist für uns unerlässlich.



Kontakt: derklassenkampf@gmx.de
Internet: ITO: <http://www.gn.apc.org/ito/ito/unserwort.html>
IAL: <http://www.litci.com/>